

Erdogan schaltet Kritiker aus

TÜRKEI Proteste nach hartem Vorgehen gegen Medien. Wird Todesstrafe eingeführt?

VON GERD HÖHLER

ANKARA/MZ - Eine der letzten regierungskritischen Stimmen in der türkischen Medienlandschaft soll offenbar zum Schweigen gebracht werden: In Istanbul wurden am Montag der Chefredakteur der Zeitung „Cumhuriyet“, Murat Sabuncu, und weitere Redaktionsmitglieder festgenommen, unter ihnen der prominente Kolumnist Aydin Engin. Ihre Wohnungen wurden durchsucht. Nach den Bestimmungen des Ausnahmezustandes, der nach dem Putschversuch vom 15. Juli gilt, dürfen die Festgenommenen fünf Tage lang völlig isoliert werden. Ihnen ist auch kein Kontakt zu Anwälten gestattet.

Journalisten als Verbrecher

In einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft Istanbul hieß es, den Journalisten würden „Verbrechen im Auftrag der Fethullah-Terror-Organisation“ (Fetö) und der kurdischen Arbeiterpartei PKK vorgeworfen. Fetö ist die regierungsübliche Bezeichnung für die Bewegung des in den USA lebenden Exil-Predigers Fethullah Gülen. Staatschef Recep Tayyip Erdogan macht seinen früheren Verbündeten und heutigen Widersacher Fethullah Gülen, der in den USA im Exil lebt, für den Putschversuch verantwortlich. Die Gülen-Bewegung wird von der türkischen Regierung als Terrororganisation eingestuft.

Mit den Festnahmen bei „Cumhuriyet“ setzen die türkischen Behörden die Gleichschaltung der Medien fort. Erst am Wochenende hatte Staatschef Erdogan per Dekret 15 überwiegend pro-kurdi-



Protestler fordern Solidarität mit der türkischen Zeitung Cumhuriyet. FOTO: DPA

schen Medien verbieten lassen. Anfang Oktober waren 23 Radio- und Fernsehsender unter dem Vorwurf der „Terror-Propaganda“ geschlossen worden. Insgesamt wurden seit dem Putschversuch bereits fast 170 regierungskritische Medien verboten.

Die Staatsanwaltschaft habe die Festnahme von 14 Mitarbeitern der Zeitung angeordnet, berichtete „Cumhuriyet“. Zwölf von ihnen wurden bereits am Montagmorgen festgenommen. Unter den Gesuchten ist auch der Vorstandsvorsitzende Akin Atalay, der sich zurzeit im Ausland aufhält. Ebenfalls gesucht wird Musa Kart, einer der bekanntesten Karikaturisten der Türkei. Gegen ihn hatte Erdogan in den vergangenen Jahren mehrfach Strafanträge wegen Zeichnungen

gestellt, durch die er sich beleidigt fühlte. Die Polizei durchsuchte jetzt in Istanbul Karts Wohnung.

Auch der frühere Chefredakteur des Blattes, Can Dündar, wurde zur Fahndung ausgeschrieben. Dündar wurde im Mai in erster Instanz zu fünf Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt, weil er Dokumente über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an syrische Dschihadisten veröffentlicht hatte. Erdogan persönlich hatte Strafantrag gestellt und angekündigt, der Journalist werde „einen hohen Preis bezahlen“. Dündar ging in die Revision und setzte sich nach Deutschland ab. Erst vergangene Woche hatte er die EU-Staaten vor dem Europaparlament aufgerufen, zur Verfolgung von Journalisten und Oppositionellen in der Türkei nicht

länger zu schweigen. Unter den am Montag Festgenommenen ist auch einer seiner Anwälte, Bülent Utku. Er sitzt im Vorstand der Stiftung, der die regierungskritische Zeitung „Cumhuriyet“ gehört.

Die linksgerichtete „Cumhuriyet“ ist die älteste Zeitung der Türkei. Das 1924 gegründete Blatt wurde im September mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet, weil es beweise, „dass die Stimme der Demokratie nicht zum Schweigen gebracht werden kann“, – eine Einschätzung, die sich in Folge des immer rücksichtloser agierenden Erdogan als frommer Wunsch herausstellen könnte.

Das fürchtet auch der Wittenberger SPD-Europaabgeordneter Arne Lietz, der sich während der neuen Welle von Zeitungsschließungen zu einem Besuch in der Türkei aufhielt. „Journalisten, die mich interviewt haben, sind wegen der Polizeibesetzung nicht an ihre Schreibtische zurückgegangen“, beschränkt der Sozialdemokrat.

„Massiver Polizeieinsatz“

Auch in der Stadt Diyarbakir, die Lietz besuchte, sei der Bürgermeister bei sogenannten Anti-Terror-Ermittlungen festgenommen und zu weiterer Haft verurteilt worden. Lietz beobachtete Demonstrationen, auf die die Regierung mit einem massiven Polizeieinsatz in der hauptsächlich von Kurden bewohnten Stadt reagiert habe. Dass die türkische Regierung nun auch die Einführung der Todesstrafe ankündigt, erfordere eine klare Reaktion Europas, so Lietz. Eine EU-Mitgliedschaft sei mit der Einführung der Todesstrafe nicht vereinbar.